

D1 „AfD-Verbotsverfahren jetzt einleiten!“

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.05.2025
Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) stuft die Partei „Alternative für
2 Deutschland“ (AfD) seit dem 2. Mai 2025 aufgrund der die Menschenwürde
3 missachtenden, extremistischen Prägung der Gesamtpartei als gesichert
4 rechtsextremistisch ein. „Das in der Partei vorherrschende ethnisch-
5 abstammungsmäßige Volksverständnis ist nicht mit der freiheitlichen
6 demokratischen Grundordnung vereinbar“, heißt es wörtlich in der
7 Pressemitteilung des BfV.

8 Mittlerweile wurde auch das der Entscheidung des Bundesamtes zugrundeliegende
9 Gutachten veröffentlicht. Darin wird festgestellt, dass sich die in Bezug auf
10 die AfD konstatierten Anhaltspunkte in wesentlichen Teilen zur Gewissheit
11 verdichtet haben und eine entsprechende extremistische Prägung der Gesamtpartei
12 festgestellt werden muss. Wörtlich heißt es in dem Gutachten: „Das an ethnischen
13 Kriterien anknüpfende Volksverständnis der AfD zielt darauf ab, bestimmte
14 Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen, sie
15 einer nicht verfassungskonformen Ungleichbehandlung auszusetzen und ihnen einen
16 rechtlich abgewerteten Status zuzuschreiben. Dieses ausgrenzende
17 Volksverständnis strahlt maßgeblich auf die fremden- und minderheitenfeindlichen
18 Positionen in der Partei aus; es ist Ausgangspunkt und ideologische Grundlage
19 für eine kontinuierliche Agitation gegen bestimmte Personen oder
20 Personengruppen, mit der diese pauschal diffamiert und verächtlich gemacht sowie
21 irrationale Ängste und Ablehnung gegenüber diesen geschürt werden.“

22 Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern
23 beschließt:

24 1. Wir fordern Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung dazu auf, beim
25 Bundesverfassungsgericht gemäß Artikel 21 Abs 2, 3 und 4 des Grundgesetzes (GG)
26 i. V. m. § 13 Nummer 2 und 2a sowie den §§ 43 ff. des
27 Bundesverfassungsgerichtsgesetzes folgende Entscheidung zu beantragen:

28 a) gemäß Art. 21 Abs. 2 GG festzustellen, dass die Partei „Alternative für

29 Deutschland“ verfassungswidrig ist,

30 b) das Vermögen der „Alternative für Deutschland“ nach § 46 Abs. 3 S. 2 BVerfGG
31 zugunsten der Bundesrepublik Deutschland für gemeinnützige Zwecke einzuziehen,

32 hilfsweise, auch im Falle einer Entscheidung nach § 46 Abs. 2 BVerfGG,
33 festzustellen, dass die „Alternative für Deutschland“ nach Art. 21 Abs. 3 GG von
34 staatlicher Finanzierung ausgeschlossen ist.

35 2. Wir fordern die demokratischen Abgeordneten dazu auf, sich innerhalb und
36 außerhalb des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern für die Einreichung eines
37 Antrags auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD beim
38 Bundesverfassungsgericht einzusetzen.

39 3. Wir bestärken unsere Bundestagsabgeordnete und die gesamte BÜNDNISGRÜNE
40 Bundestagsfraktion darin, sich für einen Antrag auf Einleitung eines Verfahrens
41 zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD beim Bundesverfassungsgericht
42 einzusetzen und einem solchen Antrag im Deutschen Bundestag zuzustimmen.

43 4. Wir fordern die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern dazu auf, sich im
44 Bundesrat für die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der
45 Verfassungswidrigkeit der AfD einzusetzen.

46 5. Wir fordern die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern dazu auf, im
47 Rahmen einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus das
48 gesamte ihr zur Verfügung stehende rechtsstaatliche Instrumentarium zu nutzen,
49 um rechtsextremistischen Bestrebungen in unserem Bundesland wirksam zu begegnen.
50 In diesem Zusammenhang erwarten wir die Einstufung des AfD-Landesverbandes als
51 gesichert rechtsextremistische Bestrebung.

52 6. Wir rufen andere BÜNDNISGRÜNE Landesverbände dazu auf, sich ebenfalls für die
53 Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD
54 auszusprechen und entsprechende Beschlüsse zu fassen.